

Die Vereinigung als Wachstumsbremse?

von

Heiner Flassbeck

Aus Genfer Sicht, WuM, Januar 2003

Es ist seltsam, aber doch die typisch deutsche Vorgehensweise. Im Zuge der anhaltenden Wachstumsschwäche in Deutschland wird zwar mehr und mehr die Frage diskutiert, inwieweit die deutsche Vereinigung und die Lasten, die damit für Westdeutschland verbunden waren, für die Flaute verantwortlich sind. Folglich wird gefragt, was man hätte anders und besser machen können, um die Lasten geringer zu halten. Die umgekehrte Frage aber, ob mehr Wachstum geholfen hätte, die Belastungen erträglicher zu machen, wird erst gar nicht gestellt.

Dabei ist die letzte Frage heute jedenfalls die wesentlich relevantere. Die meisten der im Zuge der deutschen Vereinigung begangenen Fehler kann man ohnehin nicht mehr rückgängig machen. Niemand kann den Wechselkurs ändern, niemand kann die Löhne im Osten wieder abkoppeln und niemand kann die Privatisierung wiederholen. Versäumt hat Deutschland zwar auch, von Anfang an auf eine forcierte Wachstumsstrategie zu setzen, hier ließen sich aber die schlimmsten Fehler korrigieren, wenn wenigstens jetzt die Wende zu einer ausreichenden Wachstumsdynamik gelänge.

Bereits zu Beginn der neunziger Jahre wurde die Bedeutung von Wachstum für den Prozess des Zusammenwachsens von Ost und West nicht verstanden. Die gleichen Akteure, die die Weichen für die Vereinigung gestellt hatten, zu nennen ist hier vor allem der ehemalige Bundesbankpräsident Tietmeyer, gingen in Sachen Makropolitik für Gesamtdeutschland nur Monate nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland zur Tagesordnung über. Schon im Sommer 1992, als die Anzeichen für eine Rezession in Deutschland und Europa schon unübersehbar waren, verschärfte die Bundesbank ihren geldpolitischen Kurs noch einmal und zwang die europäische Wirtschaft endgültig in die Knie.

Ähnliche Fehlentscheidungen folgten fast in jährlichem Rhythmus. In den Jahren 1994/1995 stemmte sich die Bundesbank nicht gegen eine von Amerika ausgehende Erhöhung der langfristigen Zinsen mit der Folge einer erneuten Abschwächung der Konjunktur, kaum hatte der Aufschwung eingesetzt. Im Vorfeld der endgültigen Festlegung der Kriterien für die Qualifizierung zur europäischen Währungsunion im Vertrag von Maastricht zwang die Bundesrepublik 1996/1997 die europäischen Partner zu fiskalpolitischer Restriktion ohne Rücksicht auf die labile Wirtschaftslage. Noch schlimmer, sie versäumte es, für Deutschland wegen der Vereinigungslasten die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Notfallklausel zu ziehen, die es angesichts der einmaligen historischen Lasten erlaubt hätte, die Defizite in kleineren Schritten zu reduzieren. 1998, im Gefolge der Asienkrise verweigerte sich zuerst die Bundesbank und später die europäische Zentralbank viel zu lange einer Zinssenkung, um die europäische Binnennachfrage anzuregen statt auf neue amerikanische Impulse zu warten.

Schließlich nahm die deutsche Wirtschaftspolitik den amerikanischen Boom der Jahre 1999/2000 wie ein Geschenk des Himmels, ohne auch nur eine Sekunde darüber nachzudenken, was passiert, wenn die Blase an den Aktienmärkten platzt. Wieder war von einer Abkoppelung Europas im Sinne einer Stärkung der eigenen Binnennachfrage nicht die Rede. Im

Gegenteil, die Zinsen wurden früh sehr stark erhöht und sehr spät nur wenig gesenkt, so daß heute die europäische Wirtschaft wiederum schlechter dasteht als die amerikanische, obwohl in Europa und nicht in den USA die neunziger Jahre in Sachen Wachstum ein verlorenes Jahrzehnt waren.

Was in Europa und Deutschland, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten nicht verstanden wird: Wachstum ist nicht allein Folge "richtiger" wirtschaftspolitischer Entscheidungen in Sachen Struktur und Ordnung der Wirtschaft, ohne daß es aktiver Makropolitik bedürfte. Wachstum kann bei völlig unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zustande kommen. So haben die USA in der Vergangenheit über viele Jahre, ja über Jahrzehnte ein hohes Wachstum aus ihrer produktivitätsschwachen Wirtschaft herausgeholt, während Europa seine größeren Potentiale nicht hinreichend genutzt hat.

Insofern kann eine offensive Wirtschaftspolitik, eine auf massive Wachstumsförderung ausgerichtete Makropolitik, oft als Ersatz für Defizite an anderer Stelle dienen. In den USA ist es z. B. fast allen Verantwortlichen klar, daß der Verzicht auf ein engmaschiges soziales Netz nur dann politisch tragbar ist, wenn Wirtschaftspolitik und Geldpolitik direkt für Vollbeschäftigung verantwortlich sind. Vollbeschäftigung ist sozusagen das soziale Netz in einer Gesellschaft, deren ausgeprägter Individualismus direkte staatliche Interventionen in die Lebensverhältnisse des Einzelnen ablehnt.

Mit wesentlich mehr Wachstum hätten in den 90er Jahren viele Fehler der deutschen Vereinigung bereinigt werden können. Mehr Wachstum ist aber auch für die kommenden Jahre die einzige Möglichkeit, die Lasten der Vereinigung zu tragen und Ostdeutschland die Chance zu erhalten, wirtschaftlich auf die eigenen Füße zu kommen. In einem Boom wie in den USA in den 90er Jahren relativierte sich nicht nur die fiskalische Belastung, auch die privaten Investoren würden vermehrt nach Ostdeutschland gehen, wenn man sich im Westen einer Vollbeschäftigung annähert. Noch wichtiger, ein solcher Boom würde vielen Menschen in Ostdeutschland eine reelle Chance geben, sich selbständig zu machen und eine Unternehmenskultur zu entwickeln, die der Region hilft, auf Dauer ohne Transfers auszukommen.

Wenn nicht alles trägt, geht Deutschland genau in die falsche Richtung. Treffen die Prognosen für dieses Jahr auch nur halbwegs zu, werden wir am Ende von 2003 die längst Stagnationsphase in der Geschichte der Bundesrepublik zu verzeichnen haben. Drei Jahre sind dann verschlafen worden, weil die Wirtschaftspolitik vor lauter "Jahrhundertreformen" aus dem Auge verloren hat, daß der nächste Hügel zu übersteigen ist, bevor man einen 8000er in Angriff nehmen kann.